

Antrag Nr. 24-F-63-0105

Grüne SPD Die Linke Volt

Betreff:

Zentrales Energie- und PV-Management der Landeshauptstadt Wiesbaden
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 12.11.2024-

Antragstext:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

bis Ende des 1. Quartals 2025 ein Konzept für eine städtische Organisationseinheit für das zentrale Energie- und PV-Management zu erarbeiten, im Fachausschuss vorzustellen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Es wird empfohlen, dies unter Einbeziehung der Expertise des Hochbauamts und des Umweltamts vorzunehmen.

Die Zielsetzungen sind:

1. Bündelung der bisherigen Bestandsanlagen zur Energieerzeugung im Eigentum der Stadt Wiesbaden (einschließlich der Anlagen auf Liegenschaften der städtischen Beteiligungen im Geltungsbereich des Beteiligungskodex ("Beteiligungen")),
2. Bau von PV-Anlagen jeglicher Größe auf den städtischen Liegenschaften (inkl. Beteiligungen),
3. Refinanzierung der Anlagen über die Eigennutzung der Energie im Stadtverbund (Stadtverwaltung und Beteiligungen) und die externe Vermarktung der überschüssigen Energie,
4. Finanzierung des Baus von Energieerzeugungsanlagen (Schwerpunkt: PV-Anlagen) auf Liegenschaften im Stadtverbund (Stadtverwaltung und Beteiligungen) durch eigene finanzielle Mittel, Investitionsmittel, Fördergelder und Green Bonds/Genussscheine nach dem Vorbild anderer Städte,

Aus dem Klimabudget ist ein geeignetes Startkapital zur Verfügung zu stellen.

Wiesbaden, 13.11.2024